



Herrn Senator Ties Rabe
Behörde für Schule und Berufsbildung
Hamburger Straße 31
22083 Hamburg

Hamburg, im Februar 2012

Stellungnahme zur Vorlage „Inklusive Bildung an Hamburger Schulen“

Sehr geehrter Herr Senator,

wir begrüßen ausdrücklich, dass nun auch in Hamburg der Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Schulalltag Anwendung finden soll. Wir blicken jedoch kritisch auf die vorgeschlagene Umsetzung.

Durch eine Streuung des jetzigen Ressourcenvolumens zur Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den bestehenden IR- und Integrationsklassen auf alle Regelschulen möchte die Stadt Hamburg das hohe Ziel erreichen, ihr Schulsystem in ein inklusives Bildungssystem umzuwandeln und damit den § 12 HmbSG umzusetzen.

Was bedeutet dieser Weg in der Praxis? Wie werden die Auswirkungen auf den Schulalltag aussehen?

Diese Planung beinhaltet eine massive Beschneidung aktueller und seit Jahren erfolgreicher Standards. Alle Beteiligten wissen, dass eine Klasse mit vier besonders förderbedürftigen Kindern **in Zukunft ca. 12 Betreuungsstunden pro Woche weniger** zur Verfügung gestellt bekommen soll, als heute eine I-Klasse mit gleicher Zusammensetzung. In Ihren Verlautbarungen sprechen Sie jedoch von „in etwa gleicher Ausstattung“. Diese Einschätzung ist uns unverständlich.

Gerade die IR-Schulen in Hamburg haben gezeigt, welche gute Arbeit mit einer angemessenen multiprofessionellen Ausstattung tatsächlich möglich ist. Dieses Qualitätsniveau muss in Zukunft die Maßstab für alle Regelschulen in Hamburg sein. In Ganztagsregelklassen an Grundschulen **sollen künftig als Garant für eine inklusive Förderung jedoch nur ca. 3,8 Unterrichtsstunden zur Verfügung stehen - heute liegt die Ausstattung einer IR-Klasse bei etwa einer halben Stelle.** Wir Eltern fragen uns, wie mit 3,8 Unterrichtsstunden pro Woche eine hochwertige Betreuung und Förderung ermöglicht werden soll. Persönliche Nähe und personelle Kontinuität, die für eine erfolgreiche Arbeit unabdingbar sind, können mit diesen geringen Zuweisungen nicht angemessen gewährleistet werden. Für uns ist es nicht nachvollziehbar, wie die BSB erwarten kann, mit nahezu unveränderter Ressourcenausstattung diesen Erfolg auf alle Schulen ausdehnen zu wollen. **Wir meinen, dass es unvermeidlich ist, zur Umsetzung geltenden Rechts die entsprechenden finanziellen Mittel bereitzustellen.**

Völlig unberührt bleiben weiterhin leider die Fragen nach angemessener **Angleichung der Gebäudetechnik** in Regelschulen sowie die dort notwendige Einrichtung von zusätzlichen pädagogischen Räumen (z. B. Ruheräume, Bewegungsräume, Insel) und Therapieräumen.

Zudem ist es für uns Eltern inakzeptabel, dass Inklusion in Hamburg durch die geplanten unterschiedlichen Rückmeldeformate wieder mit dem **Sortieren von Kindern in verschiedene Schubladen** einhergehen soll. Dieser Widerspruch nimmt dem Konzept genau wie die mangelnde finanzielle Ausstattung leider auch einen Teil seiner Glaubwürdigkeit.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne unter elternrat@louise-schroeder-schule-hh.de zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen aus Altona,

der Elternrat der Louise Schroeder Schule